Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstraße 2 • Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreisliste 3 • J. v. W. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 13 | Berlin, den 1. Juli 1936 | 17. Jahrgang

Polnische Südostpolitik

Oberst Beck hat für die polnische Außenpolitik die Parole geprägt: Nichts über uns ohne uns! Diese Parole bedeutet, daß Polen keine Entscheidungen anderer Mächte anzuerkennen bereit ist, die die Angelegenheiten seiner Interessenbereiche betreffen und an deren Zustandekommen es nicht selber mitgewirkt hat. Wenn Polen diesen Anspruch durchsetzen will, muß es in den Gebieten, die es als seine Interessenbereiche ansieht, also in der „baltischen Region" und in der „Donauregion", die die „Gazeta Polska" kürzlich als solche Bereiche gekennzeichnet hat, politische Stützpunkte haben.

Mehr oder weniger steht das politische Spiel um den Donauraum auch heute noch im Zeichen der Kleinen Entente. Mit diesem Verbande der Nachsiegerstaaten ist Polen niemals in ein rechtes Verhältnis gekommen. Selbst in der Zeit, als Polen noch keine selbständige Außenpolitik zu führen vermochte, sind die Bemühungen Frankreichs, auf der Plattform des Antirevisionismus einen Zusammenklang zwischen dem francophilen Polen und dem ebenso ausgerichteten Mächtedreieck des Südostens zustande zu bringen, ohne Ergebnis geblieben. Polen ist niemals mit der Kleinen Entente als solcher, sondern immer nur mit deren einzelnen Gliedern in engere politische Tuchfühlung getreten. Sein Ziel ist, wenn es vielleicht auch niemals offen gesagt worden ist, die Sprengung der unter tschechischer Führung stehenden ungarnfeindlichen Koalition. Sein Hauptansatzpunkt an der Donau ist Ungarn, dessen revisionistische Absichten es mit zunehmender Offenheit unterstützt, — soweit sie die slowakische Frage betreffen. Aber mit Ungarn allein läßt sich keine Donaupolitik machen, am wenigsten die Kleine Entente, die gegen eben diesen Staat gerichtet ist, sprengen.

Bis zum Jahre 1934 ist die polnische Südostpolitik im allgemeinen nicht mehr als der Ausfluß eines übertriebenen Geltungsdranges gewesen, der auf ziemlich fragwürdigen historischen Ideologien beruhte. Die Voraussetzungen dieser Politik haben sich mit dem Durchbruch des sowjetistischen Druckes nach Mitteleuropa grundlegend geändert. Wenn die polnische Außenpolitik heute die Forderung aufstellt, daß im Donauraum keine Entscheidungen gefällt werden dürfen, an denen sie nicht auch mitgewirkt hat, so bedeutet das nicht mehr, daß sie dort einen Führungsanspruch erhebt, sondern daß sie gezwungen ist, sich einer machtpolitischen Entwicklung entgegenzustellen, durch die u. U. der Bestand des polnischen Staates in Frage gestellt werden kann.

Das polnische Verhältnis zu den Mitgliedern der Kleinen Entente steht heute in ursächlichem Zusammenhang mit deren Verhältnis zur Sowjetunion. Die Tschechei hat sich in dieser Frage eindeutig entschieden. Sie hat ihre Grenzen der Roten Armee und ihre Politik dem Bolschewismus geöffnet. Daß es unter diesen Umständen keine Grundlage einer polnisch-tschechischen Zusammenarbeit gibt, ist eine Tatsache, die von dem offiziellen Organ des

polnischen Außenministers vor kurzem ziemlich eindeutig festgestellt worden ist und auch durch den Umstand bestätigt wird, daß der polnische Gesandtenposten in Prag weiterhin unbesetzt bleibt. Es ist nicht der lokale Konflikt um die Behandlung der polnischen Volksgruppe im Teschener Schlesien und im Mährisch-Ostrauer Revier, der die polnische in einen entschiedenen Gegensatz zur tschechischen Außenpolitik bringt, sondern die grundsätzliche Verschiedenheit der beiden Staaten hinsichtlich ihrer Einstellung zur Sowjetunion, durch deren politisch-militärischen Vorstoß nach Mitteleuropa sich die Polen unmittelbar bedroht fühlen müssen, mit deren Hilfe dagegen die Tschechen den Fortbestand ihres staatlichen Zwangsgebildes glauben sichern zu können. Die Situation wird durch die kürzliche Festellung des tschechischen Außenministers beleuchtet, daß bisher noch kein verantwortlicher Politiker Polens von der in diesem Lande sehr lebhaften *Propaganda für eine Aufteilung der Tschecho-Slowakei* abgerückt ist.

Mit seinem anderen südlichen Nachbarn, *Rumänien*, ist der polnische Staat durch das *Militärbündnis von 1921* verbunden. Doch ist man sich schon seit langem darüber im Klaren, daß sich die Außenpolitik Titulescus mit dem Sinn dieses Bündnisses, das auf einer gemeinsamen polnisch-rumänischen Abwehrstellung gegenüber dem sowjetistischen Nachbarn beruhte, nicht mehr vereinbaren läßt. Es hat in letzter Zeit nicht an polnischen Versuchen gefehlt, den abgesprungenen rumänischen Bundesgenossen auf die Gefahr hinzuweisen, der er sich durch sein Zusammengehen mit der tschechischen Außenpolitik aussetzt. Es ist in offenbar amtlich inspirierten Artikeln der polnischen Presse versucht worden, die maßgebenden Bukarester Kreise daran zu erinnern, daß *Moskau die beßarabische Grenze prcktisch nicht anerkannt hat*, daß der Pariser Vertrag von 1920, in dem Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan die rumänische Souveränität über Beßarabien zu garantieren versprachen, von Japan nicht ratifiziert und somit auch nicht in Kraft gesetzt worden ist, daß es aber auch eine absolute Fiktion ist, den Schutz dieser Grenze dem Völkerbund oder irgendeinem anderen System der „kollektiven Sicherheit“ zu überlassen, daß vielmehr die Sicherheit Beßarabiens einzig und allein durch die Zusammenarbeit der rumänischen mit der verbündeten polnischen Armee garantiert werden kann. Man gibt sich in Rumänien durchaus keinen trügerischen Hoffnungen hin: Man weiß, daß man als Verbündeter Moskaus im Kriegsfalle der mehr als zweifelhaften Gutmütigkeit des bolschewistischen „Freundes“ ausgesetzt ist und daß die Rote Armee, wenn sie einmal in Beßarabien steht, dieses Land niemals mehr herausgeben wird. Und man sieht, daß das Durchmarschrecht, das die Tschechen von Rumänien für seinen östlichen Bundesgenossen verlangt und das von Titulescu ohne Wissen und sicherlich gegen den Willen des Königs den Sowjets unter der Hand bereits zugesagt worden ist, den Anfang vom Ende des nach dem Weltkriege erstandenen großrumänischen Staates bedeutet. Man weiß das, aber man glaubt, noch mehr als die Gefahr der roten Hilfe das Zustandekommen einer revisionistischen polnisch-ungarisch-südslawischen Koalition fürchten zu müssen, von der man annimmt, daß sie sowohl von deutscher wie von italienischer Seite gestützt wird. Bei dieser Lage der Dinge sind *die Aussichten Polens, sein Verhältnis zu Rumänien noch einmal auf der Grundlage des Militärbündnisses von 1921 zu stabilisieren, erklärlicherweise gering.*

Dagegen sind in Südslawien zweifellos günstige Ansatzpunkte für die Donaupolitik Polens gegeben. Die Tatsache, daß sich Südslawien bis heute hartnäckig geweigert hat, Moskau anzuerkennen, kennzeichnet die Schwierigkeiten, die der sowjethörigen Politik Dr. Beneschs von dieser Seite begegnen. *Die antirevisionistische Zielsetzung der Kleinen Entente ist für Südslawien bei weitem nicht mehr so aktuell*, wie man es in Prag und Budapest gern wahr haben möchte, *seitdem sich die ungarische Revisionsbewegung in kluger Berechnung von Südslawien abgewandt hat.* Es kann für die Funktionsfähigkeit der Kleinen Entente auch nicht förderlich sein, daß Südslawien in der *Habsburgerfrage*, die es als ein Hauptproblem der Entente aufgefaßt wissen möchte, in Prag auf eine zweideutige Haltung und in Rumänien auf eine weitgehende Interesselosigkeit stößt. Es kommt noch hinzu, daß der nachbarliche Ausgleich mit Bulgarien und die guten Beziehungen zu Deutschland der südslawischen Außenpolitik Möglichkeiten eröffnen oder Aufgaben stellen, für die im Rahmen der Kleinen Entente weder Verständnis vorhanden noch Unterstützung zu finden sein wird. Es scheint, daß der kürzliche *Besuch des polnischen Außenministers in*

Belgrad auf dessen Bemühungen, sich von der über Prag führenden politischen Linie Paris-Moskau abzusetzen, günstig eingewirkt hat.

Im allgemeinen aber sind die polnischen Einwirkungen im Donauraum verhältnismäßig gering. Sie können die Einwirkungen anderer am Rande dieses Raumes liegender Mächte ergänzen oder erschweren, nicht aber ersetzen oder verdrängen. Sie sind immerhin stark genug, um von den Tschechen peinlich empfunden zu werden, in Rumänien einigen Eindruck zu machen, die Stellung Ungarns zu stärken und in Südslawien als Bestätigung eigner Absichten Beachtung zu finden. Dr. K.

Skladkowski stößt auf Widerstand

Es zeigt sich, daß es auch für einen Ministerpräsidenten, der sich auf die Autorität der Armee stützen kann, keine leichte Aufgabe ist, die Ruhe und Ordnung in Polen zu garantieren. Der Eindruck, den das Zustandekommen der Regierung Skladkowski auf die oppositionellen Parteien gemacht hat, war, wie es scheint, nicht so tief, wie die hinter dieser Regierung stehenden Kreise geglaubt hatten annehmen zu dürfen. Die innerpolitische Gärung, die den Rücktritt Koscialkowskis herbeigeführt hatte, ist noch nicht überwunden. In Thorn und in Gdingen hat es blutige Zusammenstöße gegeben; in Westgalizien hat eine Bande nationaldemokratischer Terroristen der Polizei einige Zeit zu schaffen gemacht; und vielerorts haben sich die bei öffentlichen Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen von kommunistischen Hetzern zu z. T. stürmisch verlaufenen Demonstrationen hinreißen lassen. Das endekische Bürgertum verhält sich nach wie vor renitent. Die Masse der galizischen und kongreßpolnischen Bauern schwört unverändert auf den in der Verbannung lebenden Witos, dem der Ministerpräsident Skladkowski für den Fall seiner Rückkehr nach Polen das Gefängnis als passende Unterkunft angedroht hat. Und von den in den letzten Monaten wieder mobiler gewordenen Sozialisten ist der Regierung die ein wenig ironische Frage vorgelegt worden, mit wem anders sie denn eigentlich ihr Programm der nationalen Verteidigung und Wehrhaftmachung durchführen wolle, wenn nicht mit jenen Millionen hungernder Arbeitsloser und verelendeter Bauern, deren politisches Denken doch in einer ganz anderen als der von der Regierung eingeschlagenen Richtung verlaufe.

Mit den Plänen Skladkowskis, den alten Pilsudskiblock wieder auf die Beine zu stellen, scheint es nicht recht vorwärts gehen zu wollen. Das liegt wohl weniger an Schwierigkeiten organisatorischer Art, als an dem Mangel eines politisch einenden Gedankens. Die oppositionellen Parteien sehen den in dieser Richtung gehenden Bemühungen der Regierung Skladkowski mit einer gewissen Gelassenheit zu. Mit sichtlicher Schadenfreude stellen sie fest, daß der Widerstand der konservativen Kreise gegen den wirtschaftlichen Radikalismus Kwiatkowskis die früheren Gegensätze im Regierungsblock erneut aufbrechen läßt. So verschieden die oppositionellen Parteien in ihren politischen und sozialen Zielsetzung sind und so wenig sie sich die ganzen Jahre hindurch zu einer gemeinsamen Aktion gegen das Pilsudskiregime aufraffen konnten, so scheinen sie heute doch alle mehr als je davon überzeugt, daß es auf die Dauer ohne sie einfach nicht geht. In dieser Ueberzeugung treten sie der Regierung mit der Waffe der Machtlosen, dem passiven Widerstand, gegenüber. Sie glauben, warten zu können. Sie fühlen sich, ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt bleiben, ihres Anhanges in der Bevölkerung sicher. Es scheint, daß Skladkowski ebenso wie sein Vorgänger einer Einigung mit der bäuerlichen Volkspartei nicht abgeneigt ist. Aber deren Führer haben es keineswegs eilig, derartigen Absichten entgegenzukommen. Denn es ist immer noch leichter gewesen, aus der Opposition heraus radikale Forderungen zu stellen, als sich an verantwortlicher Stelle mit dem nahezu unlösbaren Problem zu befassen, wie für acht Millionen überzähliger Dorfbewohner landwirtschaftliche Existenzen oder gewerbliche Arbeitsplätze beschafft werden können. Je länger sie zögern, in die Regierung zu gehen, um so radikaler werden die Bedingungen sein, von denen sie ihre Mitarbeit abhängig machen.

Noch einer anderen Schwierigkeit sieht sich Skladkowski gegenübergestellt. Sie kommt von ukrainischer Seite. Es ist jetzt ein Jahr her, daß von polnischer Seite unter

wesentlicher Führung Koscialkowskis die Verhandlungen über einen polnisch-ukrainischen Ausgleich eingeleitet wurden. Im Herbst v. J. waren die Verhandlungen dann so weit gediehen, daß von der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei — unter Preisgabe einiger der bekanntesten Führer des ukrainischen Volkstums in Polen — 19 Abgeordnete auf der Liste der Regierungspartei in den Sejm geschickt werden konnten. Die Gewählten haben seitdem nichts unterlassen, um ihre loyale Einstellung zum polnischen Staat zu beweisen. Auf eine Erfüllung der seiner Zeit von ihnen der polnischen Regierung unterbreiteten Forderungen aber haben sie bis heute vergebens gewartet. Es ist nur allzu verständlich, daß der letzte Regierungswechsel bei den Ukrainern gewisse Zweifel daran geweckt hat, ob die seiner Zeit von Koscialkowski gemachten Zusagen jetzt überhaupt noch eine Aussicht auf Erledigung haben. Denn mit dem Namen des neuen Ministerpräsidenten ist bei der Masse der ostgalizischen Ukrainer die sehr lebendige Erinnerung an jene schreckensvolle Zeit der „Pazifizierung" verbunden, die wie kaum ein anderes Ereignis seit der Vernichtung des Westukrainischen Staates vergiftend auf das polnisch-ukrainische Verhältnis gewirkt hat. Man kann wohl sagen, daß Skladkowski einigen Grund hat, diese gefährliche Erinnerung nach Möglichkeit zu verwischen. Durch hinhaltende Maßnahmen (wie etwa gewisse Veränderungen auf einigen höheren Verwaltungsposten Ostgaliziens) oder durch mehr oder weniger belanglose Einzelaktionen (wie etwa die Besetzung eines Lehrstuhls an der Universität Lemberg mit einem Dozenten ukrainischen Volkstums) ist da wahrscheinlich nur wenig erreicht. Die politische Stimmung in den ukrainischen Gebietsteilen Polens ist, wie man aus manchen Anzeichen entnehmen kann, nicht mehr dieselbe wie im vergangenen Jahre; sie hat sich in nationaler wie in sozialer Hinsicht verschärft. Polen braucht einen Ausgleich mit seinen Ukrainern, aber mit deren Masse, nicht nur mit einem Klub von Abgeordneten und Senatoren. Eine Wiederholung der 1930 angewandten Methoden dürfte heute für Polen aus naheliegenden außenpolitischen Gründen wenig ratsam erscheinen.

Man kann nicht behaupten, daß das Bild, das Polens innerpolitische Lage bietet, zu sorglosem Optimismus Veranlassung gibt. Man wird aber immerhin feststellen können, daß sich die politischen Verhältnisse in diesem Lande von denen anderer Länder, in denen der Bolschewismus seine Generalproben zum Bürgerkrieg startet, noch verhältnismäßig vorteilhaft unterscheiden. Denn trotz der örtlichen Unruhen, die immer wieder aufzuflackern beginnen, trotz der niederdrückenden Not, die auf allen Schichten der Bevölkerung lastet, trotz der ukrainischen Frage, die immer noch ungelöst ist, und trotz der latenten Gefahr, die in der geballten Masse des städtischen Judentums liegt, steht das innerpolitische Leben des polnischen Staates doch unter dem Eindruck einer kraftvollen Führung. Deren Exponent ist Skladkowski. Ihr Rückhalt ist die Armee. Dr. K.

Der Wille zur Expansion

Es sind nicht eben unbedeutende Teile des polnischen Volkes, die sich daran gewöhnt haben, zu glauben, daß die Ueberwindung der mancherlei Schwierigkeiten, mit denen sie nicht fertig zu werden vermögen, ausgerechnet vom Besitz solcher Gebiete abhängt, die nicht zu Polen gehören, und die weiter die Ansicht vertreten, daß nicht etwa irgendeinem anderem, sondern ausgerechnet dem polnischen Volke in Versailles schweres Unrecht zugefügt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Art, die Dinge zu sehen, geeignet ist, den im polnischen Volke immer latent vorhandenen Willen zur Expansion in einer ganz bestimmten Richtung zu mobilisieren. In dieser Hinsicht fällt eine besondere Rolle der polnischen Wissenschaft zu, die in ihrer Aufgabenstellung und nicht selten auch in ihrer Tendenz und Methode ganz bewußt und systematisch in den Dienst bestimmter expansionistischer Ziele gestellt wird. Das Baltische Institut in Thorn und das Schlesische Institut in Kattowitz sind nicht die einzigen, aber die am meisten ins Auge fallenden Vertreter dieses politisch ausgerichteten Wissenschaftsbetriebes in Polen. Einige Beispiele aus neuester Zeit werden zeigen, daß die Anpassung der wissenschaftlichen Arbeit an

die *gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der polnischen Politik* in Zukunft noch straffer organisiert und noch allgemeiner durchgeführt werden soll.

Es sei in diesem Zusammenhange zunächst auf eine vom Baltischen Institut veröffentlichte Arbeit des Posener Prähistorikers *Kostrzewski* über „*Notwendigkeit und Aufgaben einer Universität in Pommerellen*" verwiesen. Aus dem Arbeitsprogramm, das Prof. Kostrzewski für diese in Thorn zu schaffende „baltische" Spezialuniversität aufgestellt hat, geht deutlich die Absicht hervor, *in beschleunigtem Tempo all jenes Material zu beschaffen* und für die Bedürfnisse der polnischen Propaganda im Ausland zur Verfügung zu stellen, *mit dessen Hilfe sich eine wirkliche oder angebliche, historische oder gegenwärtige „Zugehörigkeit" nicht nur Pommerellens, sondern vor allem auch reichsdeutscher Gebiete zu Polen darstellen läßt.* „Die Lage an der Ostsee verpflichtet", schreibt Prof. Kostrzewski. „Da wir dem Ostseeblock angehören und darin eine der wichtigsten Machtpositionen besitzen, wenngleich wir *heute* nur mit einem schmalen Küstenstreifen die Ostsee berühren, haben wir die Pflicht, uns für die Probleme der Ostsee zu interessieren". Und an anderer Stelle: „Das Programm der pommerellischen Universität müßte nicht nur die angrenzenden ethnographisch polnischen (!) Gebietsteile, sondern auch die benachbarten, heute germanisierten, mit Polen historisch verbundenen Gebiete erfassen, *also ganz Pommern, Ostpreußen, ferner die Gebiete der Westslawen*", deren Geschichte studiert und in einer Weise dargestellt werden soll, die u. U. den Gedanken an die Möglichkeit einer „slawischen Renaissance" im ganzen ostelbischen Deutschland hervorrufen könnte, — ähnlich, wie sich ja auch in Litauen Kreise aufgetan haben, die allen Ernstes auf ein „Wiedererwachen des pruzzischen Stammesbewußtseins" in Ostpreußen spekulieren. Es ist bezeichnend, daß sich gerade ein Wissenschaftler so eifrig für die pommerellischen Universitätspläne verwendet, der ganz offensichtlich dazu neigt, aus den Ergebnissen seiner recht umstrittenen Forschungsarbeit unmittelbare politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Man weiß von *Versailles* her, was alles mit einer solchen Art von Wissenschaft vor einem politischen Forum erreicht werden kann.

Oder ein anderes Beispiel: Es betrifft Schlesien, das nicht anders als der deutsche Nordosten dem zielbewußten, organisierten Angriff der polnischen Wissenschaft ausgesetzt ist. Das *Amtsblatt der Wojewodschaft Schlesien*, der „Dziennik Ustaw Slonskich" veröffentlichte in seiner Nummer vom 20. Februar d. J. eine *Verordnung des Schlesischen Wojewodschaftsrates.* Durch die Verordnung wird ein Schlesisches Museum (in Kattowitz) ins Leben gerufen. Sein Zweck ist die Sammlung und Darstellung von Gegenständen sowie die Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten, die „*Schlesien innerhalb seiner historischen Grenzen*" *gewidmet sind.* Als Abteilungen, die das Museum umfassen soll, werden genannt solche für Naturwissenschaften, *Vorgeschichte und Ethnographie*, für Kunst und Kunstgewerbe, für „*historische Denkmäler aus der Zeit des Auflebens der nationalen (polnischen) Bewegung in Schlesien*", *der polnischen Aufstände und der Volksabstimmung.* „*Ihre Aufgabe ist die Darstellung der Kultur und der Natur Schlesiens vom Standpunkt der allgemein-polnischen Synthese*". Dem Museum soll eine wissenschaftliche *Bücherei* angegliedert werden, deren Benutzung nur mit Genehmigung der Direktion gestattet sein soll. Der *Museumsrat*, der die wissenschaftliche Tendenz der Sammlungen und Arbeiten bestimmt, setzt sich aus dem Wojewoden, fünf vom Wojewodschaftsrat gewählten Mitgliedern und dem Museumsdirektor zusammen. Für die finanziellen Angelegenheiten ist der Wojewodschaftsrat zuständig. Aus der Verordnung geht der Charakter des Museums sowohl als einer *amtlichen* Einrichtung wie als eines Unternehmens hervor, *dessen Zweckbestimmung es ist, in seinen Sammlungen und Veröffentlichungen die angebliche Zugehörigkeit ganz Schlesiens, also auch und vor allem des deutschen Oderlandes, zu Polen darzustellen.* Der hier angedeuteten Tendenz des Schlesischen Museums würde auf deutscher Seite etwa ein in Schneidemühl zu schaffendes Museum entsprechen, dessen ausschließliche Aufgabe es wäre, alles zu sammeln und darzustellen und publizistisch zu verwerten, was auf die germanisch-deutsche Vergangenheit und Gegenwart des Posener Landes Bezug hat.

Die politische Nutzanwendung der Thesen, die von den polnischen Wissenschaftsbetrieben erarbeitet werden, kann man jederzeit an einer beliebigen Anzahl von Beispielen ablesen, die der politische Alltag in Polen dem Beobachter bietet. Da ist z. B. das Kattowitzer Gericht, das die Verkündung des Urteils gegen die Opfer Manjuras dazu benutzt hat, um einen polnischen Besitzanspruch auf reichsdeutsches Gebiet zu verkünden: „Der Schlesier", so heißt es da u. a., spreche „die reine polnische Sprache Rejs und Kochanowskis aus dem goldenen Zeitalter der polnischen Literatur". Er spreche diese Sprache, obwohl er 600 Jahre hindurch vom polnischen Staate getrennt gelebt habe, und er spreche sie „in ganz Schlesien, auch in dem Teil, der innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches geblieben ist". Von der Botschafterkonferenz, die Polen nur einen Teil Oberschlesiens zusprach, sei damit das jahrhundertelang Polen zugefügte Unrecht nur zu einem gewissen Teil wieder gut gemacht worden . . .

Oder ein anderes Beispiel: Vor kurzem veranstaltete die „Zarzewie", ein Verband früherer Freiheitskämpfer, dem mehrere aktive Minister, Generale und Staatssekretäre sowie eine große Anzahl anderer maßgebender Politiker des linken Flügels des polnischen Regierungslagers (wie z. B. der Wojewode Grazynski) angehören, eine Tagung in Krakau. Bei dieser Gelegenheit hielt der Abgeordnete Woiciechowski eine das politische Programm des Verbandes umreißende Rede. Er führte darin u. a. aus: „Die Gewißheit und das Bewußtsein, daß wir imstande sind, jedem bewaffneten Angriff auf die Grenzen unseres Staates entgegenzutreten, muß in uns die psychischen Grundlagen für eine kulturelle, wirtschaftliche und vielleicht auch politische Expansion des polnischen Volkes über seine gegenwärtigen staatlichen Grenzen hinaus erwecken. Diese Expansion soll nicht nur die Erhaltung der natürlichen geistigen Verbindung mit unseren Volksgenossen jenseits der Grenzen umfassen, sondern sie muß auch die Formen finden, mit denen sich auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse in diesen Gebieten einwirken läßt, in Gebieten, die früher einmal zu Polen gehörten und durch ihre geographische Lage einen wesentlichen Teil unseres geopolitischen und wirtschaftlichen Lebensraumes darstellen. Die jagiellonische Idee — ein Polen vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere — hat nichts an ihrer Aktualität im westlichen Mitteleuropa verloren".

Einen besonderen Anlaß, expansionistische Gedankengänge zu propagieren, bietet hochgestellten polnischen Politikern alljährlich das „Fest des Meeres" in Gdingen. Seit dem letztjährigen „Fest des Meeres", auf dem General Sosnkowski die Frage einer kolonialen Expansion Polens berührte, haben die kolonialen Probleme ganz wesentlich an Aktualität und Bedeutung gewonnen, ein Umstand, den sich auch Polen zunutze zu machen versucht. Polen befürwortet dabei die kolonialen Forderungen Deutschlands in einer Weise, die man geradezu als ergreifend bezeichnen könnte, wenn man nicht wüßte, daß Polen erstens von einer Beschäftigung Deutschlands mit kolonialen Problemen eine Entlastung seiner eigenen Westgrenze erwartet und zweitens darauf bedacht ist, sich Deutschlands als eines Schrittmachers seiner eigenen kolonialen Pläne zu bedienen. Polen fühlt sich als „hungernder" Staat.

Der Rückgang des baltischen Deutschtums

Es ist bekannt, daß der Weltkrieg und die Zeit der Bolschewistenherrschaft vom Deutschtum der baltischen Randstaaten schwere Blutopfer verlangt hat, und daß der politische und soziale Umsturz, der mit der Entstehung des lettländischen und des estländischen Staates verbunden war, einen erheblichen Teil des dortigen Deutschtums zum Verlassen des Landes bestimmt hat. Man weiß auch, daß sich das baltische Deutschtum auch heute noch in einem ständigen zahlenmäßigen Rückgang befindet, und daß die Ursachen dieses Rückgangs die fortdauernde Einzelabwanderung ins Reich, die Verstädterung, der Geburtenrückgang und die Mischehen sind. Aber man scheint über die Ausmaße dieses Rückganges im allge-

meinen nur recht unvollständige und unklare Vorstellungen zu haben. In den „Baltischen Monatsheften" (April 1936, Verlag der Aktiengesellschaft „Ernst Plates", Riga) hat Ernst von Bulmerincq eine beachtenswerte Arbeit über die Entwicklung des Deutschtums in Lettland in der Zeit von 1925 bis 1935 veröffentlicht. An Hand dieser Arbeit seien die wichtigsten Daten im Folgenden wiedergegeben.

Im Jahre 1925 wurden in Lettland 70964, im Jahre 1930 69855 und im Jahre 1935 nur noch 62144 Deutsche gezählt. Im Laufe eines Jahrzehnts hat das lettländische Deutschtum also 12,4 v. H. seines Bestandes verloren. Der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung des Staates ging von 1925 bis 1935 von 3,85 auf 3,19 v. H. zurück. Der Altersaufbau der Volksgruppe ist anormal. Der Anteil der höchsten Altersklassen wächst, derjenige der Jugendlichen sinkt. Im Jahre 1925 standen von den lettländischen Deutschen im Alter von 0—19 Jahren 27,0 v. H., im Jahre 1935 nur noch 23,0 v. H. Dagegen stieg der Anteil der 50 und mehr Jahre alten Personen in demselben Zeitraum von 28,1 v. H. auf 33,4 v. H. Im Jahre 1925 gab es noch 4766 Kinder unter vier Jahren, zehn Jahre später nur noch 3093. Im Jahre 1935 gab es mehr Deutsche im Alter von 60—69 Jahren als deutsche Kinder im Alter von unter 10 Jahren. Was das für den Bestand der Volksgruppe bedeutet, läßt sich ohne weiteres erkennen.

Ebenso anormal wie der Altersaufbau ist das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter zueinander. Es kamen auf 100 deutsche Männer im Jahre 1925 nicht weniger als 140 und in den Jahren 1930 und 1935 jeweils 138 deutsche Frauen. Das lettländische Deutschtum weist also einen unwahrscheinlich hohen Frauenüberschuß auf. Dieser ist in den einzelnen Altersklassen sehr verschieden, am höchsten in den höchsten Altersklassen. Unter den 70—79 jährigen gab es im Jahre 1935 dreimal so viel Frauen als Männer; unter den 60—69 jährigen doppelt so viel. Unter den Jugendlichen dagegen überwiegt die Zahl der Jungen die der Mädchen. Die Natur scheint hier von sich aus für einen allmählichen Ausgleich zu sorgen.

Ungewöhnlich sind auch die Familienstandsverhältnisse des lettländischen Deutschtums. Der Vomhundertsatz der Unverheirateten ist außerordentlich groß und das Heiratsalter liegt ungewöhnlich hoch. Von je 100 deutschen Frauen im Alter von 20—49 Jahren waren verheiratet im Jahre 1925 nur 51 v. H., im Jahre 1930 nur 52 v. H. und im Jahre 1935 nur 54 v. H. Fast die Hälfte der deutschen Frauen im gebärfähigen Alter ist also unverheiratet. Bei den deutschen Männern liegen die Verhältnisse nicht viel günstiger; der Vomhundertsatz der Unverheirateten betrug bei ihnen in den genannten drei Jahren 59, 63 und 59. Im allgemeinen steigt die Zahl der Eheschließungen an; doch die Zahl der Geburten geht dauernd zurück, während die Zahl der Sterbefälle (infolge der Ueberbesetzung der höheren Altersklassen) gleichzeitig steigt. Im Jahre 1934 entfielen auf das Tausend der deutschen Bevölkerung Lettlands 12,3 Geburten, aber 18,2 Todesfälle; der Bevölkerungsunterschuß betrug also 5,9 a. T. Völlig verschieden liegen dabei die Verhältnisse beim ländlichen und beim städtischen Deutschtum: Während die Städte im Jahre 1934 einen natürlichen Rückgang der deutschen Bevölkerung um 10 a. T. aufwiesen, war auf dem Lande ein Geburtenüberschuß von 13 a. T. zu verzeichnen.

Ein trauriges Kapitel des lettländischen Deutschtums ist die Frage der nationalen Mischehen. Von den deutschen Männern, die im Laufe des Jahrzehnts 1925—1935 in die Ehe traten, gingen nicht weniger als 40 v. H. Mischehen ein. Die entsprechende Zahl bei den deutschen Frauen betrug 36 v. H. Bei den Mischehen deutscher Volkstumsangehöriger überwiegen solche mit lettischen Volkstumsangehörigen (70 v. H. der Mischehen); in weitem Abstand folgen Ehen mit russischen, polnischen, estnischen, jüdischen und anderen Volkstumsangehörigen. Im Durchschnitt der Jahre 1925—1935 entstammten 28 v. H. aller von deutschen Vätern abstammenden Kinder aus Ehen mit andersstämmigen Müttern; und 25 v. H. aller von deutschen Müttern geborenen Kinder stammten in derselben Zeitspanne aus Ehen mit andersstämmigen Vätern. Soweit es sich um Kinder aus deutsch-lettischen Mischehen handelt, muß man sie als für das Deutschtum verloren ansehen.

Anormal wie alle bisher erwähnten bevölkerungspolitischen Tatsachen ist beim lettländischen Deutschtum auch dessen räumliche Verteilung. Von der deutschen Bevölkerung lebten im Jahre 1935 nur 17,8 v. H. auf dem Lande, aber 82,2 v. H. in den Städten. Allein in der Landeshauptstadt Riga lebten im Jahre

1935 nicht weniger als 62,0 v. H. aller lettländischen Deutschen, nämlich 38 523. Das Deutschtum in den Städten schrumpft zusehends zusammen: Es ging von 1925 bis 1935 von 58 767 auf 51 106 Seelen zurück, es verlor also trotz anhaltender Zuwanderung vom Lande 13 v. H. seines Bestandes. Das ländliche Deutschtum hat sich trotz der dauernden Abwanderung in die Städte etwas besser behauptet: Es zählte 1925 12 197 und 1935 11 038 Seelen, verlor in dieser Zeitspanne also „nur" 9,4 v. H. seines Bestandes.

Nach der Berufszählung von 1930 betrug der *Anteil der Erwerbstätigen* unter den Deutschen Lettlands 52,9 v. H. Dieser Anteil ist *außerordentlich hoch. Auf einen Erwerbstätigen kommt nicht einmal ein Angehöriger.* Das erklärt sich vor allem aus der *starken Berufstätigkeit der deutschen Frauen* Lettlands. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen bleibt hinter der der erwerbstätigen Männer nicht weit zurück: 16 661 gegenüber 20 379 (im Jahre 1930). Ueber ein Viertel der erwerbstätigen Deutschen ist in der *Industrie* und fast ein Fünftel im *Handel* beschäftigt. Die in den *freien Berufen* und im *Gesundheitsdienst* Beschäftigten machen mehr als ein Sechstel der berufstätigen Deutschen aus. In der *Landwirtschaft* dagegen ist nur ein knappes Sechstel beschäftigt. Der Rest entfällt auf die *Hausangestellten*, die *Hausbesitzer* und *Pensionäre*, auf die in der Berufsgruppe *Verkehr* und *Transport* Beschäftigten und die *Staats- und Kommunalbeamten*. Der *sozialen Stellung* nach überwiegen die Arbeiter und Angestellten, also die Lohn- und Gehaltsempfänger in abhängiger Stellung, mit 35,0 bezw. 22,9 v. H. der erwerbstätigen Deutschen. Die Gruppe der Eigentümer und der mithelfenden Familienangehörigen beträgt 26,7 v. H. Die Angehörigen der freien Berufe, die ausschließlich von ihrer Arbeitskraft leben, die Pächter, welche Betriebsführer, aber nicht Eigentümer sind, und die Hausangestellten machen 13,0 v. H. der Erwerbstätigen aus. *Demnach können nur knapp 30 v. H. des lettländischen Deutschtums als besitzbefestigt gelten; etwa 70 v. H. befinden sich in wirtschaftlich abhängiger Stellung und sind ausschließlich auf ihre Arbeitskraft angewiesen.* Für eine Volksgruppe, die in einem ihr unfreundlich gegenüberstehenden Staate lebt, ist dieser mangelnde Rückhalt an eigenem Besitz ein gefährlicher Zustand, der sich, wie gezeigt worden ist, bevölkerungspolitisch äußerst nachteilig auswirkt.

Wenn man sich die in der Arbeit von Bulmerincqs angeführten Zahlen vor Augen hält, muß man das lettländische Deutschtum als *eine sterbende Volksgruppe* bezeichnen. Es machen sich zwar schon einige Anzeichen bemerkbar, die den unaufhaltsam scheinenden Schrumpfungsprozeß abzubremsen versprechen: In den jüngsten Jahrgängen gestaltet sich das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter zueinander wieder normal; im ländlichen Deutschtum hat sich ein normaler Geburtenüberschuß erhalten; und in der jüngeren Generation läßt sich der Beginn einer dem verhängnisvollen Verstädterungsprozeß entgegenlaufenden Bewegung feststellen. *Doch selbst, wenn sich diese Tendenzen siegreich durchsetzen sollten, muß man noch auf Jahrzehnte hinaus mit einem weiteren zahlenmäßigen Rückgang der lettlanddeutschen Volksgruppe rechnen.* Diese Volksgruppe wird noch mindestens eine Generation im Zeichen der bevölkerungspolitisch zerstörend wirkenden Folgen des politischen und sozialen Zusammenbruchs der alten baltischen Herrenschicht stehen. Erst dann wird sich, unter der Voraussetzung normaler politischer Lebensbedingungen, der zu erhoffende völkische Erneuerungsprozeß siegreich durchsetzen können, allerdings von einer zahlenmäßigen Basis aus, die weit niedriger als die gegenwärtig noch vorhandene liegen wird.

Verschiebungen im Ostpreußenverkehr

Im Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich sind seit dem 7. Februar dieses Jahres, seit dem Inkrafttreten der Verordnung des polnischen Verkehrsministers über die Beschränkung des Transitverkehrs durch den Korridor, beträchtliche Verschiebungen eingetreten. Der *Binnenschiffahrtsweg Netze-Bromberger Kanal-Weichsel* findet unter dem Zwang der Verhältnisse erhöhte Beachtung. Während im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf diesem Wege in beiden Richtungen

im Durchgangsverkehr rund 10 000 Tonnen Güter befördert wurden, sind im laufenden Jahre seit dem Aufhören der Eissperre Ende März bis Ende Mai, also in einem reichlich zweimonatigen Zeitraum, bereits 14 000 Tonnen verschifft worden. Bis Ende Mai d. J. haben 39 Flußschiffe 9 552 Tonnen aus dem übrigen Reiche nach Ostpreußen und 22 Schiffe 4 346 Tonnen Güter in umgekehrter Richtung befördert. Mengenmäßig haben hierbei Steinkohlen, Briketts und Kalk an erster Stelle gestanden. Es ist seit dem Kriege das erste Mal, daß Steinkohlen auf dem Binnenschiffahrtswege nach Ostpreußen transportiert worden sind. Die Erfahrungen, die die auf diesem Wege vorangegangene Marienburger Zuckerfabrik in dieser Hinsicht gemacht hat, lehren, daß sich zum mindesten der Bezug von Braunkohle und sortierter Kohle über den Binnenschiffahrtsweg für den westlichen Teil Ostpreußens etwas billiger als der Bezug über den Seeweg stellt. Die Binnenschiffahrtsfracht ist zwar ein wenig höher als die kombinierte Bahn-Seefracht über Stettin-Königsberg; dieses Mehr wird jedoch mehr als ausgeglichen durch die größere Wertminderung, die die Kohle durch das mehrmalige Umladen auf dem kombinierten Bahn-Seewege erleidet. Neben den schon erwähnten Gütern sind auch Baumaterialien in größerer Menge über die Wasserstraße befördert worden, auch der Transport von Lebensmitteln (Marmelade, Grieß, Zucker, Mais usw.) und von hochwertigen Gütern ist beträchtlich gewesen. Der Durchgangsverkehr über die Binnenschiffahrtsstraße ist weiter im Steigen. Schwierigkeiten sind jedoch hinsichtlich der Rückfracht für die nach Ostpreußen fahrenden Kähne vorhanden. Als Rückfracht ist bisher vor allem Zellulose in Frage gekommen, daneben in geringerem Maße Bau- und Nutzholz. Doch kann die Ladefähigkeit der Kähne auf der Rückfahrt von Ostpreußen durch den Korridor nicht voll ausgenutzt werden. Es wird vielleicht möglich sein, die von Ostpreußen zurückkehrenden Kähne wenigstens von Deutsch-Usch, dem großen Umschlaghafen an der Westseite des Korridors, aus mit voller Fracht zu versehen und dadurch die Wirtschaftlichkeit des Binnenschiffahrtsverkehrs weiter zu heben. Es ist zu hoffen, daß der „Flußdienst Ostpreußen-Reich", dessen Entwicklungsmöglichkeit im vergangenen Jahre in einer aufschlußreichen Arbeit von Friedrich Roß untersucht worden sind, unter dem Druck der Verhältnisse in seiner vollen Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft erkannt wird. Gewisse vertragliche Schwierigkeiten wären hierbei allerdings noch durch Verhandlungen mit Polen zu beheben; es müßte z. B. dafür gesorgt werden, daß der Weichselhafen von Kurzebrak, der ja nach dem Diktat von Versailles „Ostpreußens Zugang zur Weichsel" sein soll, bisher aber nur als ein Schaustück politischen Irrsinns Bedeutung und Berühmtheit erlangt hat, dem Umschlag der Durchgangsgüter ohne die bisherigen Beschränkungen und Reibungen dienstbar gemacht werden kann.

Weit stärker als auf dem Binnenschiffahrtswege, wo erst noch Möglichkeiten erprobt und Erfahrungen gesammelt werden müssen, haben sich auf dem Seeweg die Folgen der Drosselung des Eisenbahntransits durch den Korridor bemerkbar gemacht. In „Wirtschaft und Statistik" (Heft 9, 1936) hat das Statistische Reichsamt einen ersten Ueberblick über die Auswirkungen der Verkehrsumleitungen gebracht, die durch die Verordnung des polnischen Verkehrsministers vom 7. Februar d. J. notwendig wurden. Danach hat der Güterumschlag in den drei ostpreußischen Seehäfen Königsberg, Pillau und Elbing im 1. Vierteljahr 1935 rund 519 000 Tonnen, im 1. Vierteljahr 1936, dessen zweite Hälfte im Zeichen der Verkehrsdrosselung im Korridor stand, aber rund 913 000 Tonnen betragen. Der Zusammenhang mit den veränderten Verkehrsverhältnissen im Korridor geht aus den nachstehenden Zahlen sehr deutlich hervor (in 1 000 Tonnen; in Klammern: 1. Vierteljahr 1935): es kamen aus dem Inland 538 (128), aus dem Ausland 172 (139), es gingen nach dem Inland 158 (184), nach dem Ausland 50 (67). Gestiegen ist also vor allem der Empfang der ostpreußischen Häfen aus anderen deutschen Seehäfen (namentlich aus Stettin). In geringerem Maße ist auch der Empfang aus ausländischen Häfen gestiegen; hier stehen als Ausgangshäfen die holländischen Häfen voran, die wiederum vor allem deutsche Güter aus dem Rheingebiet nach Ostpreußen verschiffen. Rechnet man diese über holländische Häfen gehenden deutschen Güter den direkt aus deutschen Häfen kommenden hinzu, so ist im ersten Viertel dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine Zunahme der deutschen Seetransporte nach Ostpreußen um etwa 480 000 Tonnen zu verzeichnen. Dagegen hat sich der seewärtige Warenversand Ostpreußens sowohl nach dem Inland wie nach dem Ausland vermindert. Die Frage der Rückfracht der die ostpreußischen Häfen anlaufenden Schiffe ist ein sehr schwieriges Kapitel. Die Frage verschärft sich in dem Maße, in dem der

Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich vom Schienenweg auf den Seeweg abwandert. Das läßt sich sehr deutlich aus folgenden Zahlen entnehmen: Im Jahre 1934 gingen im Eisenbahnverkehr aus dem übrigen Reich nach Ostpreußen 2,662 Mill. Tonnen, in umgekehrter Richtung aber nur 0,446 Mill. Tonnen Güter. Dieses Mißverhältnis zwischen Empfang und Versand ist für die Reichsbahn, die den Einnahmeausfall durch Leerfahrt im Rahmen ihrer Gesamttransportleistungen ausgleichen kann, tragbar; für die rein privatwirtschaftlich und unter internationaler Konkurrenz arbeitenden Schiffahrtsgesellschaften aber stellt die Frage der Rückfracht eine Schwierigkeit dar, die sie ohne staatliches Eingreifen wohl kaum zu lösen imstande sein werden. Von der Rückfrachtbeschaffung im Seeverkehr hängt in hohem Maße die Zukunft des Ostpreußenverkehrs ab.

Die Staatsfeinde und der Kommissar

Der Danziger Senat hat am 20. Juni mit sofortiger Wirkung alle öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen politischen Charakters für das Gebiet Groß-Danzigs und Zoppots verboten. Diese Maßnahme ist notwendig gewesen, um weiteren Ausschreitungen der staatsfeindlichen Parteien ein Ende zu machen. Am 10. Juni wurde ein Amtswalter der NSDAP. überfallen und durch einen Messerstich in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Am 11. Juni wurden bei einem Ueberfall durch eine marxistische Bande zwei Nationalsozialisten verwundet. Am 12. Juni kam es in einer deutschnationalen Versammlung, an der nur geladene Gäste, Marxisten, Zentrumsleute und Bürgerliche, teilnahmen, zu einem wüsten Tumult, der sich zunächst in den engen Räumen des katholischen St. Josephhauses abspielte, sich dann aber auch auf der Straße fortsetzte; drei SA-Männer wurden durch Messerstiche verletzt, ein vierter, der SA-Mann Günther Deskowski, ermordet. Schließlich wurden am 13. Juni die auf einer Wochenendfahrt befindlichen SS-Männer Ernst Ludwig und Paul Fressonke in Wiesenthal von sozialdemokratischen Funktionären aus dem Hinterhalt erschossen. Angesichts dieser plötzlichen Häufung blutiger Gewalttaten marxistischer und anderer oppositioneller Elemente ist es unmöglich, von einem Zufall zu sprechen. Vielmehr sind diese Morde und Ueberfälle eine unmittelbare und wohl auch beabsichtigte Folge der während der letzten Wochen verstärkten Hetze der regierungsfeindlichen Oppositionsfunktionäre gewesen, die nach dreijähriger Wühlarbeit feststellen mußten, daß trotz allem Ruhe und Ordnung im Staate einkehrten. Gerade das aber ist es, was diese Kreise nicht wollen. Sie brauchen, um ihre volks- und staatsfeindlichen Pläne verfolgen zu können, Unruhe und Unsicherheit, Gewalttat und Zwietracht. Nur so lassen sich die Ereignisse vom 10. bis 13. Juni erklären.

Wenn von der staatsfeindlichen Presse in Danzig in bezug auf diese Vorfälle über angeblichen „nationalsozialistischen Terror" geklagt worden ist, so genügt es, dieser scheinheiligen Entrüstung die klare Feststellung des Gauleiters Forster entgegenzuhalten: „Die anderen reden, daß sie bedrängt und bedroht werden; wir aber haben die Toten". Es muß leider festgestellt werden, daß es auch ein Teil der polnischen Presse nicht unterlassen hat, diese gegen die nationalsozialistische Regierung gerichtete Agitation zu unterstützen. Es hätte von mehr politischem Weitblick und mehr Anstand gezeugt, wenn diese Presse ihre Aufmerksamkeit dem würdelosen Verhalten des polnischen Pfarrers Franz Laffont aus Zuckau in Pommerellen zugewandt hätte, der seit dem 20. Mai d. J. die Pfarrei St. Albrecht in Danzig vertretungsweise verwaltet und in dieser Eigenschaft die ehrenvolle Beisetzung des ermordeten SS-Mannes Fressonke auf dem katholischen Friedhof seiner Pfarrei unter grober Beschimpfung der nationalsozialistischen Bewegung und der deutschen Reichsflagge abgelehnt hat: Die Hakenkreuzflagge bezeichnete er als „Lappen" und „Fetzen" und den von Marxisten ermordeten Nationalsozialisten als einen „Heiden und Verbrecher", den man „im Mistwinkel beerdigen" solle. Vom Schnellrichter wurde der Laffont wegen Beleidigung der deutschen Reichsflagge an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von vier Wochen zu einer Geldstrafe von 300 Gulden und wegen Beleidigung der Polizei zu einer weiteren Geldstrafe von 100 Gulden, ersatzweise zu 10 Tagen Gefängnis, verurteilt. Laffont versprach, bis zum 24. Juni eine Kaution von 450 Gulden zu stellen. Er brach jedoch sein gegebenes Wort und floh über die Grenze nach Polen.

Es steht außer Zweifel, daß es zu Mordüberfällen vom 10. bis 13. Juni nicht hätte kommen können, wenn das Treiben der bürgerlichen Reaktion und der marxistischen Hetzer nicht immer wieder durch die längst überfällig gewordene internationale Konstruktion gedeckt und unterstützt worden wäre, in die die Freie Stadt Danzig durch das Versailler Diktat eingespannt worden ist. Gauleiter Forster hat am 26. Juni in einem bemerkenswerten Artikel darauf verwiesen. Er hat festgestellt, daß die Politik einer direkten Verständigung Danzigs mit Polen die Existenz des Völkerbundskommissars, dessen Hauptaufgaben ja die Schlichtung der zwischen Danzig und Polen etwa bestehenden Streitigkeiten sein sollte, im großen und ganzen überflüssig gemacht worden ist. Aber seit drei Jahren, seitdem sich der Völkerbund nicht mehr mit Danzig-polnischen Streitfällen zu beschäftigen braucht, heißt es in dem Artikel dann weiter, „glaubt der Hohe Kommissar seine Existenzberechtigung in Danzig auf einem anderen Gebiete nachweisen zu müssen. Er tut das, indem er sich fortwährend in die innerpolitischen Geschehnisse des Freistaates einmischt. . . Statt daß er der Danziger Regierung die Möglichkeit gibt, mit den berufsmäßigen kommunistischen und sonstigen Hetzern aufzuräumen, fällt er der Regierung in die Arme und duldet diese Hetze . . . Aus welchen Gründen der Hohe Kommissar so etwas tut, ist gleichgültig. Fest steht, daß er jede Gelegenheit wahrnimmt, der nationalsozialistischen Regierung Prügel zwischen die Beine zu werfen und der Danziger Opposition zu helfen. Er trägt damit wahrlich nicht zur Befriedigung und Beruhigung in Danzig bei. So wie die Hitlerbewegung in Danzig ein ruhiges, verständnisvolles Verhältnis zu Polen und damit die Ruhe nach außen geschaffen hat, so wird die Hitlerbewegung auch im inneren Leben Danzigs ohne Hohen Kommissar sie aufrechtzuerhalten wissen." Letzten Endes fällt die moralische Schuld am Tode der drei Nationalsozialisten auf diejenigen internationalen Instanzen zurück, die, verankert im Gewaltsystem von Versailles, ihre Aufgabe darin erblicken, die Danziger Regierung an der völligen Niederwerfung der staatsfeindlichen Elemente zu hindern. Es ist gut, daß das einmal mit hinreichender Deutlichkeit von maßgebender Stelle zum Ausdruck gebracht worden ist.

Gauleiter Forster erinnert in seinem Artikel auch an die geschmacklose Entgleisung des Völkerbundskommissars bei dem letztjährigen Besuch eines deutschen Kreuzers in Danzig, als es der Kommissar für angebracht hielt, zu dem offiziellen Empfang der deutschen Seeoffiziere, den er in seinem Haus damals gab, auch die Hauptfunktionäre der staatsfeindlichen Parteien zu laden, was die Vertreter der Freien Stadt und die reichsdeutschen Gäste seiner Zeit zwang, sein Haus zu verlassen. In diesem Jahre haben die Offiziere des Kreuzers „Leipzig", der am 25. Juni unter dem Jubel der Bevölkerung in den Danziger Hafen einlief, darauf verzichtet, dem Kommissar einen Besuch abzustatten. Wenn der Völkerbundskommissar diese Uebergehung seiner Person dahin auslegen sollte, daß nach der Auffassung der verantwortlichen Stellen des Reiches die Existenz eines Ablegers der Genfer Institution auf dem deutschen Boden der Freien Stadt Danzig durch die politische Entwicklung der letzten drei Jahre ihre Berechtigung eingebüßt hat, so wäre das eine Vermutung, die vielleicht nicht ganz abwegig ist. Die polnische Presse zerbricht sich über die tiefere Bedeutung dieses Verhaltens den Kopf. Sie fragt sich, ob man die Uebergehung Lesters als eine Stellungnahme reichsdeutscher oder auch Danziger Amtsstellen auffassen soll, und ob damit nur die Person des derzeitigen Kommissars oder die Existenz eines Völkerbundskommissariats überhaupt gemeint war. Der Danziger Korrespondent des „Kurjer Warszawski" kann es natürlich nicht unterlassen, seine Phantasie in die Zukunft schweifen zu lassen und seinem Blatt zu berichten, daß der Vorfall „ein deutliches Zeichen der vom Reich begonnenen aktiven Politik an der Weichselmündung und zum mindesten doch ein Versuch sei, zu erkunden, welche Reaktion eine solche Politik hervorrufen würde". Anders sieht die in außenpolitischen Fragen maßgebende „Gazeta Polska" diese Angelegenheit an. Sie möchte dem Artikel des Gauleiters Forster keine besondere Bedeutung beimessen, da Forster wohl als Gauleiter der Partei, nicht aber als amtlicher Vertreter der Freien Stadt zu den Danziger Problemen Stellung nehmen könne. Sie schließt ihren Kommentar mit der Bemerkung, daß die „polnischen Interessen in Danzig" gesichert und unangetastet bleiben müssen. Es bleibt dabei unklar, wieso eine so überflüssige Figur wie ein Völkerbundskommissar etwa geeignet sein könnte, diesen oft zitierten, aber niemals ganz eindeutig umrissenen „polnischen Interessen" zu dienen.

Ostland-Chronik

3 Memeldeutsche im litauischen Seim

Nach dem neuen litauischen Wahlgesetz hatten die Kreistage der drei memelländischen Kreise (Memel-Stadt und Land, Pogegen und Heydekrug) für die Wahl zum Kauener Seim je drei Kandidaten zu wählen. Diese insgesamt 9 memelländischen Kandidaten sind Ende Mai von den Kreistagen (und Vertretern der Memeler Stadtverordnetenversammlung) aufgestellt worden. Da in allen diesen Körperschaften die deutsche Einheitsliste über die weit überwiegende Mehrheit verfügt, sind selbstverständlich nur deutsche Kandidaten aufgestellt worden. Drei von ihnen hat der militärische Exponent der Schamaitenherrschaft im Memelgebiet wieder von der Liste gestrichen; er hat sich dabei des Vorwandes bedient, daß die Betreffenden früher einer Organisation angehört haben, deren Ziel nach den Feststellungen des Kauener Kriegsgerichtes die Lostrennnung des Memelgebietes von Litauen gewesen sein soll. Auch einem vierten Kandidaten sind Schwierigkeiten gemacht worden; bei ihm hat man geglaubt feststellen zu können, daß er seine Stellung als Leiter einer Spar- und Darlehnskasse „zur Einschläferung des litauischen Nationalgefühls" ausgenutzt hat. An der Tatsache, daß ausschließlich deutsche Kandidaten zur Wahl standen, haben die Eingriffe freilich nichts zu ändern vermocht.

Die Wahlen, die am 9. und 10. Juni stattfanden, sind fast überall ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung hat in Großlitauen im Durchschnitt etwa 70 v. H. betragen; sie ist in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden gewesen. In dem politisch unruhigen Gebiet von Suwalki sind nur etwa 40 v. H. der Wähler zur Urne gegangen. Allgemein ist die Zahl der ungültigen Stimmen sehr beträchtlich gewesen; zuverlässige Angaben hierüber liegen freilich nicht vor. Von allen Teilen des Staatsgebietes hat das Memelland am schwächsten gewählt. Von 73 501 Wahlberechtigten haben nur 19 757 ihr Wahlrecht ausgeübt. Nach dem neuen Wahlrecht hat jeder Wähler so viel Stimmen abgeben können, wie Kandidaten in seinem Wahlbezirk aufgestellt waren, in den drei memelländischen Kreisen also je drei. Die 19 757 memelländischen Wähler hätten also über 59 000 Stimmen abgeben müssen; in Wirklichkeit sind aber nur etwa 38 000 gültige Stimmen abgegeben worden. Die meisten Stimmen sind auf die memelländischen Abgeordneten Pakalnischkies (Stadt- und Landkreis Memel), Keßlau (Kreis Heydekrug) und Jurgeleit (Kreis Pogegen) entfallen, die damit als Vertreter des Memellandes in den litauischen Seim gewählt worden sind.

Erst wehrlos gemacht, dann überfallen

Am 16. Juni fand in der Wohnung eines deutschen Besitzers in Szczepanken, Kreis Graudenz, eine Mitgliederzusammenkunft der Lessener Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung statt, an der 20 Mädels und Burschen teilnahmen. Die Polizei, der die Zusammenkunft ordnungsgemäß angemeldet worden war, kontrollierte die Teilnehmer (natürlich erfolglos) nach Waffen. Lediglich der Wohnungsinhaber holte aus seinem Schlafzimmer einen Revolver herbei und legte ihn mit dem dazu gehörigen gültigen Waffenschein vor. Die Polizeibeamten nahmen ihm Waffe und Schein weg und lösten die Zusammenkunft mit der „Begründung" auf, daß Waffen gefunden worden seien. Darauf verließen sie das Haus. Was sie dann getan haben, ist nicht bekannt, läßt sich aber aus dem, was jetzt folgte, entnehmen. In einiger Entfernung von dem Hause, in dem die Zusammenkunft stattfand, lag eine Gruppe von Polen auf der Lauer, die einen die aufgelöste Versammlung verlassenden Deutschen anfielen und ihn durch Steinwürfe im Gesicht verletzten. Dann rückten die Polen von drei Seiten gegen das deutsche Anwesen vor. Gegen Haus und Scheune, deren Zugang der deutsche Besitzer mit der Forke verteidigte, wurden sieben Schüsse abgegeben. Die an der Versammlung teilnehmenden Mädchen und ein Säugling mußten vor den durch die zersplitternden Fenster hereingeworfenen Steinen auf dem Boden des Hauses in Sicherheit gebracht werden. Bei dem Ueberfall, dem nur durch glücklichen Zufall kein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, wurden 36 Fensterscheiben eingeworfen und eine Anzahl Fensterkreuze ausgeschlagen. Als Wurfgeschosse wurden Steine bis 5 Kilo, Zaunlatten, Baumstämme und dergleichen benutzt. Das Zerstörungswerk dauerte nur wenige Minuten. Dann traten wieder die Polizeibeamten, die sich während des Ueberfalles ein wenig abseits gehalten hatten, auf den Plan, taten sehr erstaunt, behaupteten, von dem Lärm

und Geschrei nichts gehört zu haben, und entfernten sich dann wieder, ohne sich um das Geschehene weiter zu kümmern. Dem deutschen Besitzer ist sein zu Unrecht beschlagnahmter Revolver, nachdem der Zweck der Beschlagnahme ja erreicht war, am nächsten Tage wieder ausgehändigt worden.

Haussuchungen bei der JdP. in Ost-O.-S.

Auf Anordnung der polnischen Sicherheitsbehörden sind in allen Ortsgruppen der Jungdeutschen Partei in Ostoberschlesien Haussuchungen durchgeführt worden. Die Haussuchungen erstreckten sich auf Akten, Propagandamaterial und Liederbücher. Ueber die Gründe dieser eigenartigen Maßnahme ist amtlich bisher nichts bekannt gegeben worden. Um so mehr schreibt die polnische Presse darüber; sie ist bestrebt, einen Zusammenhang zwischen der Jungdeutschen Partei und dem ehemaligen „Geheimbund" Manjuras zu konstruieren.

Ein merkwürdiger Austausch

Von einer Maßnahme, die so recht die Tendenz der polnischen Einstellung zum deutschen Schulwesen erkennen läßt, wurde die deutsche Bevölkerung der dicht an der Reichsgrenze gelegenen Stadt Bentschen betroffen. Der bisherige deutsche Lehrer der dortigen deutschen Schule, Hans Foljanti, wurde an die polnische Volksschule nach Grätz versetzt; und der bisher an der Grätzer Schule tätige polnische Lehrer Wisniewski kam an seine Stelle an die deutsche Schule in Bentschen. Die beiden Lehrer sind also gegeneinander ausgetauscht worden. Die Bentschener deutschen Kinder sind in die „Obhut" eines Nationalpolen gekommen, und der deutsche Lehrer ist an eine fremdvölkische Schule verbannt, an der er keine Möglichkeit hat, noch weiterhin im Beruf für sein Volkstum zu wirken.

Die Ufa dreht polnischen Aufstandsfilm

Man wird zugeben müssen, daß es das Richtigste ist, wenn jeder Staat die Propaganda, die er braucht, selber durchführt. Deshalb wird man erstaunt sein, zu lesen, daß sich die Ufa „in den Dienst der polnischen Geschichte" gestellt hat. Nach den verschiedenen Kulturfilmen über Städte und Menschen in Polen (dem arg vorbei gelungenen Film über Krakau, einem Film über Warschau und einem anderen über die Goralen), die die Ufa im vergangenen Jahre hergestellt hat, hat sie nunmehr mit der Produktion eines größeren Spielfilms begonnen, dessen Thema dem polnischen Aufstand von 1831 entnommen ist und der unter dem Titel „Der Ritt in die Freiheit" herauskommen soll. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß dieser neue Film, von dem einige Zeitungen schon, bevor er überhaupt da ist, behaupten, daß er einen „Beitrag zur deutsch-polnischen Freundschaft" bedeute, etwas mehr Haltung zeigen wird, als jener verunglückte Versuch eines deutsch-polnischen „Gemeinschaftsfilms", der unter dem Titel „August der Starke" einen deutschen Fürsten als einen politischen Hanswursten darstellte, der sich in der Hauptsache mit galanten Amouren und mit der Knickung von Hufeisen befaßt.

Ein katholischer Provinzrevolutionär

Vor kurzem wurde der im westlichen Galizien gelegene Ort Myslenice von einer offenbar gut organisierten, über 100 Mann zählenden Terroristenbande überfallen. Die dort stationierte Polizei wurde zersprengt und die Wohnung des Starosten geplündert. Auch einige Geschäfte kamen zu Schaden. Beim Herannahen von Verstärkungen zogen sich die Terroristen in die benachbarten Wälder zurück, wo eine förmliche Jagd auf sie veranstaltet wurde. Einige Mitglieder der Bande wurden erschossen, andere verhaftet; mit dem Rest schlug sich die Polizei länger als eine Woche herum. Das Charakteristische an dem Ueberfall war, daß die Bande mit entblößten Häuptern, fromme Lieder singend, als Pilgerzug in Myslenice einrückte, also eine Kriegslist anwandte, die wohl in früheren Jahrhunderten häufiger angewandt worden sein mag. Die Bande bestand nicht etwa aus linksradikalen Elementen, sondern aus durchweg namentlich bekannten Mitgliedern der Nationaldemokratischen Partei; und die Mitglieder der Bande besaßen, wie die „Gazeta Polska" bemerkte, auch noch die Frechheit, vorzugeben, „für die Würde und die Macht Polens zu kämpfen". Der Organisator des Ueberfalls war der Vorsitzende der Krakauer Kreisgruppe der genannten Partei, ein Ingenieur Doboszinski, der auch als politischer Schriftsteller bekannt ist und erst kürzlich seine militärischen Uebungen als Reserveoffizier absolviert hat. Doboszynski hat in einem Buche „Gospodarka Narodowa" einen gründlichen Umbau der polnischen Volkswirtschaft nach streng katholischen Grundsätzen gefordert, die er durch seinen Raubzug nach Myslenice anscheinend

einmal praktisch vorzuführen gedachte. Es handelte sich bei dem Ueberfall zweifellos um eine außergewöhnliche, an Tollheit grenzende Tat, die man aber immerhin als symptomatisch für die innerpolitischen Spannungen, die in manchen Teilen Polens bestehen, ansprechen kann. Was Doboszynski versucht hat, war nicht mehr und nicht weniger als ein bewaffneter Aufstand, ein Schritt zum Bürgerkrieg, wie es die „Gazeta Polska" genannt hat. Die Regierung hat mit ihren Gegenmaßnahmen nicht gewartet, bis die ganze Angelegenheit gerichtlich aufgeklärt ist; sie hat sich kurzer Hand zwei führende Endeken aus Krakau gegriffen und sie ins Isolierungslager Bereza Kartuska gesteckt.

„Nichts über Gdingen schreiben!"

Kürzlich richtete der Staatskommissar der Stadt Gdingen an den Vertreter einer Warschauer Zeitung, der es für seine patriotische Pflicht hielt, für die polnische Hafenstadt Propaganda zu machen, folgende Frage: „Warum schreibt man überhaupt über Gdingen? Die Reklame in der Presse, an der fast alle polnischen Zeitungen beteiligt sind, hat zur Folge, daß rund 1000 Arbeitslose aus den verschiedensten Teilen des Landes allmonatlich nach Gdingen kommen, während wir trotz besten Willens nicht imstande sind, sie zu beschäftigen. Man tut am besten, nichts über Gdingen zu schreiben!" Wer Gdingen kennt, bemerkte der Krakauer „Ilustr. Kurj. Codz." hierzu, könne dem Kommissar nicht Unrecht geben. Die Zahl der Einwohner betrage rund 92000; sie könne jedoch nicht der gleichen Zahl einer beliebigen anderen Stadt gleichgesetzt werden. Denn von diesen Einwohnern sei ein ungeheurer Prozentsatz arbeitslos, während gleichzeitig ein großer Teil des dort erwerbstätigen Mittelstandes und die meisten dort berufstätigen Angehörigen der besitzenden Klasse nicht in Gdingen lebten. Ein Teil von ihnen sei nicht imstande, die hohen Wohnungsmieten zu zahlen und andere „fühlen sich wohler" in Zoppot oder in Danzig.

Krakau ist nicht zu erobern

Hin und wieder stellt der Krakauer „Ilustr. Kurj. Codz." nette ironische Betrachtungen über polnische Zustände an. Man weiß, daß die Maginotlinie Frankreich unangreifbar macht. Die Mitteilung aber, daß auch Polen seine Maginotlinie hat, verdankt man dem erwähnten Krakauer Blatt: sogar besser als die französische, garantiert „made in Poland" und außerdem hat sie keinen Zloty gekostet. Sie liegt in Westgalizien und ihr Zentrum ist Krakau. Diese polnische Maginotlinie aber sieht so aus: „Alle nach Krakau führenden Wege und Kunststraßen befinden sich in einem jämmerlichen Zustand. Sie sind zerstört, aufgerissen und weisen trügerische ausgefahrene Löcher auf, die sich bei Unwetter in wahre, mit Schmutz und Wasser gefüllte Festungsgräben verwandeln. Ein Bauernfuhrwerk kommt zur Not noch durch (es fährt einfach neben der Straße), aber kein Auto, und wenn es auch den polnischen Verhältnissen noch so gut angepaßt wäre, gelangt ohne zerbrochene Federn ans Ziel." Polen, heißt es dann, brauche keine Maginotlinie mehr, es habe sie schon: niemand könne Krakau erobern. „Im ganzen Krakauer Gebiet gibt es auch nicht einen erträglichen Weg, von Chausseen erst gar nicht zu reden! Man ist oft in Verlegenheit, wenn sich irgendein Ausländer über die Bilanz der Anstrengungen und Bemühungen in den vielen Jahren unserer Unabhängigkeit erkundigt." Seit Jahren werde an einer Chaussee von Krakau nach Zakopane gebaut; aber der Bau gehe in einem Tempo vor sich, daß man befürchten müsse, daß der Anfang schon wieder zerfallen sein wird, ehe der letzte Abschnitt zu Ende geführt sein wird. In Deutschland seien im letzten Jahre mehr Straßen gebaut worden, als in Polen seit 1918. An dem größeren Reichtum könne das nicht liegen.

Chlapowski in den Ruhestand versetzt

Der bisherige polnische Botschafter in Paris, Chlapowski, wurde kürzlich seines Postens enthoben; an seine Stelle ist der bisherige Botschafter in Moskau, Lukasiewicz getreten. Dieser überraschend gekommene Diplomatenwechsel hängt wahrscheinlich mit den letzten innerpolitischen Ereignissen in Frankreich zusammen. Chlapowski hat nur zu denjenigen französischen Kreisen gute Beziehung gehabt, die durch die Volksfrontregierung jetzt in den Hintergrund gedrängt worden sind. Polen braucht in Paris einen Vertreter, der mit den neuen maßgebenden Kreisen umzugehen versteht und mit deren politischer Gedankenwelt einigermaßen vertraut ist. Hierzu erscheint Lukasiewicz der geeignete Mann, da er die Arbeitsmethoden der Sowjets und die Ziele, die diese heute in Frankreich verfolgen, an der Moskauer

Quelle hinreichend studiert hat. Der in den Ruhestand versetzte Chlapowski ist Großgrundbesitzer aus Posen. Er war vor dem Kriege Mitglied des Deutschen Reichstages und des Preußischen Herrenhauses, gehörte später als Anhänger der Christlich-Nationalen Partei dem polnischen Sejm an und hat unter Witos zeitweise den Posten eines Landwirtschaftsministers bekleidet. 1924 wurde er von dem damaligen Ministerpräsidenten Grabski als Botschafter nach Paris geschickt, wo er den Grafen Moritz Zamoyski ablöste. Chlapowski hat immer zu den polnischen Diplomaten gehört, die das Diktat von Versailles als die Grundlage aller Dinge ansehen. Deren Zeit ist heute vorbei.

Polen bei den Olympischen Spielen

Nachdem am 20. Juni die Meldefrist für die Olympischen Spiele abgelaufen ist, läßt sich auch ein Ueberblick über die Beteiligung der östlichen Nachbarn Deutschlands an den Spielen geben. Neben Deutschland und den USA wird nur Ungarn alle 23 olympischen Spielarten besetzen. In 19 Sportarten wird Deutschösterreich, in 18 die Tschechoslowakei vertreten sein, Polen und Südslawien in 15, Finnland in 14, Bulgarien in 9, Estland und Rumänien in 8 und Lettland in 6. Litauen nimmt an den Olympischen Spielen nicht teil. Die Gründe mögen dort dieselben wie in der Sowjetunion sein: Die Bewohner dieses Staates sollen keine Gelegenheit haben, sich über die wirklichen Verhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland zu orientieren, weil die Kenntnis aus eigener Anschauung berechtigte Zweifel an der staatlich beeinflußten Berichterstattung der Landespresse hervorrufen würde. Polen entsendet für folgende Sportarten olympische Kämpfer: Rudern, Fechten, Schießen, Boxen, Reiten, Leichtathletik, Fußball und Korbball, Radfahren, Schwimmen, Kajak, Segeln, Ringen, Turnen. Außerdem beteiligt sich Polen auch am Kunstwettbewerb mit Gemälden, Graphiken, Bildhauerarbeiten, architektonischen und literarischen Arbeiten. Eine Mannschaft der polnischen Hochschule für Leibesübungen wird sich am Lager der Sportstudenten beteiligen.

Bücher über den Osten

König Heinrich I. Von Franz Lüdtke. Verlag von Georg Stilke, Berlin 1936. 208 Seiten. Preis Ganzleinen 6,50 *RM.* — Vor 1000 Jahren, 936, starb Heinrich I. 1000 Jahre waren vor ihm vergangen, seitdem zum ersten Mal germanische Stämme „in das Licht der Geschichte eintraten". Mit ihm begann das zweite Jahrtausend der germanisch-deutschen Geschichte: die Geschichte des Deutschen Reiches. Die Bedeutung des Lebenswerkes Heinrichs ist von der bis heute vorherrschenden Geschichtsschreibung vielfach verkannt und noch öfter bewußt herabgesetzt worden. Lüdtke hat es sich zur Aufgabe gesetzt, dem Werk dieses Königs gegenüber den Voreingenommenheiten und Fehlurteilen früherer Forschung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Er schildert ihn als den Herrscher, der die Sonderheiten der Stämme in das Gefüge eines nach innen wieder befriedeten und nach außen wieder erstarkten Reiches einbaute, der die verrottete und machtlüsterne römische Kirche in ihre Grenzen verwies und mit Erfolg der Bildung einer volksnahen und reichstreuen deutschen Nationalkirche zustrebte, der die Waffe zur Ueberwindung der verheerenden Ungarnnot schuf und in kraftvollen Stößen die Macht des Reiches von der Saale und Elbe bis zur Oder über altgermanischen Volksboden ausdehnte, der der Entwicklung des Rittertums und des Städtewesens fruchtbare Anregung gab, der vor allem die endgültige Trennung von der karolingischen Idee des Frankenreiches vollzog und damit zum eigentlichen Schöpfer des Deutschen Reiches wurde. Es ist ein Verdienst des Verfassers, das Bild dieses Königs von den Verzerrungen und Fälschungen befreit zu haben, das eine vom Glanz der ottonischen und staufischen Weltpolitik geblendete und der römischen Kirche hörige Geschichtsschreibung dem deutschen Volke vorgelegt hat. Es ist ein Verdienst, durch ein nochmaliges eingehendes Studium der geschichtlichen Quellen an dem Bild dieses Königs die Züge eines aus dem Volke hervorgegangenen Führers, einer von artfremden Einflüssen freien, schöpferischen Persönlichkeit und eines wahrhaft großen Wegbereiters der deutschen Entwicklung herausgearbeitet zu haben. Lüdtke hat im allgemeinen darauf verzichtet, sich mit den Geschichtsschreibern, die die deutsche Leistung Heinrichs bestreiten oder gering einschätzen, polemisch auseinanderzusetzen. Er hat das, wohl um den flüssigen Gang der Darstellung nicht zu stören, mit Absicht getan. Man wird aber sagen können, daß das Bild des Königs an Klarheit und Eindringlichkeit gewonnen hätte, wenn die meist aus der klerikalen Sphäre stammenden Motive der „Gegner" Heinrichs kritisch herausgearbeitet worden wären: Man kann Wert und Bedeutung eines Mannes auch an seinen Gegnern erkennen. Verschiedentlich ist der Stil,

in dem Lüdtke schreibt, weniger der eines Wissenschaftlers als der eines Dichters. Man wird hierzu vielleicht sagen können, daß ein Historiker, der wirklich die Vergangenheit lebendig gestalten will, immer auch etwas von einem Dichter an sich haben muß. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Bild, das Lüdtke von Heinrich I. entwickelt, und die Art, in der er dessen Werk gewertet hat, mehr dem heutigen geschichtlichen Empfinden entspricht, als das Urteil der Forscher, für die das Werk dieses deutschen Königs vor dem Glanz der „römischen" Kaiser verblaßt. Dr. K.

Das Ende von Versailles. Von Rudolf Schricker. Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61. 31 Seiten Text, 64 Seiten Bilder. Preis 2,85 RM. — Deutschland war bereit, bis zum letzten Maschinengewehr abzurüsten, wenn die anderen Staaten bereit gewesen wären, das gleiche zu tun. Erst als die anderen ihrer Verpflichtung zur Abrüstung nicht nachkamen, ging Deutschland daran, sich die Waffen zu schaffen, die es braucht, um seinen Lebensanspruch den hochgerüsteten Nachbarn gegenüber durchsetzen zu können. Daß Deutschlands Anspruch auf Rüstung gerecht ist, ist von Seiten der ehemaligen Kriegsgegner hundertfach bestätigt worden. Schricker führt in seinem einleitenden Text eine Reihe bezeichnender Aeußerungen ausländischer Staatsmänner an. Den gewaltigen Rüstungen der anderen Staaten stellt er im Bild die frühere wehrpolitische Ohnmacht Deutschlands gegenüber, um dann das Buch in Bildern von der friedlichen Aufbauarbeit des neuen Reiches, die im Schutze der neuen Wehrmacht steht, ausklingen zu lassen. Dr. K.

Schlesien von der Eiszeit bis ins Mittelalter. Einführung in die Vor- und Frühgeschichte des Landes. Von Prof. Dr. Ernst Petersen. Verlag von Julius Beltz, Hohensalza-Berlin-Leipzig, 1935. Preis broschiert 5,50 RM, gebunden 6,50 RM. — Schlesien ist in bezug auf die vor- und frühgeschichtliche Zeit eine der interessantesten Landschaften Deutschlands. Sein Boden birgt in überraschender Fülle Zeugnisse menschlicher Siedlungen aus den Jahrtausenden vor Beginn unserer Zeitrechnung. Prof. Petersen, der Direktor des Landesamtes für vorgeschichtliche Denkmalspflege hat mit dem vorliegenden Band den schon lange erwarteten Wegweiser durch Schlesiens Urgeschichte geschaffen, die hier auch für den Laien leicht faßbar nach dem Stande der neuesten Forschungen dargestellt wird. In unanfechtbarer Weise wird die Haltlosigkeit gewisser polnischer prähistorischer Thesen bewiesen. 426 Abbildungen ergänzen den Text. Für den, der sich mit schlesischer und ostdeutscher Vorgeschichte befaßt, ist Petersens Buch ein unentbehrlicher Wegweiser. Dr. K.

Der Volkswille im Memelgebiet. Von Dr. Werner Horn. 8 Seiten Text und 7 Karten auf 7 Tafeln. Sonderdruck aus „Petermanns Geographischen Mitteilungen", 1936, Heft 4. Verlag Justus Perthes in Gotha. — Das hier in Text und Karte zusammengestellte Material über Sprache und Gesinnung der memelländischen Bevölkerung ergibt den eindeutigen Nachweis des rein deutschen Charakters dieses Gebietes. Alle Volksbefragungen, die im Memelgebiet seit dessen Losreißung vom Mutterlande vorgenommen worden sind, haben die Verlogenheit der litauischen Agitation unwiderleglich bewiesen. Das gilt für die Unterschriftensammlung von 1919, bei der sich fast die gesamte politisch aktive Bevölkerung für ein Verbleiben beim Reiche aussprach, wie für die Unterschriftensammlung von 1921, bei der 75,7 v. H. der Wahlberechtigten durch ihr öffentliches Eintreten für die Errichtung eines Freistaates Memel gegen die Auslieferung ihrer Heimat an die Litauer protestierte. Das gilt auch für die Elternbefragung von 1921, bei der für 97,9 v. H. der Volksschüler der memelländischen Landkreise der litauische Lese- und Schreibunterricht abgelehnt wurde, wie für die Schulzählung von 1928, bei der entgegen den litauischen Behauptungen über die sprachlichen Verhältnisse des Memelgebietes bei 77,0 v. H. der Schulkinder die deutsche Abstammungssprache und bei 81,3 v. H. die deutsche Denksprache festgestellt wurde. Und das gilt vor allem auch für die politischen Willensbekundungen der Landtagswahlen von 1925, 1927, 1930, 1932 und 1935, die alle ein fast restloses Bekenntnis der alteingesessenen Bevölkerung des Gebietes zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft erbrachten. Diese entscheidenden Daten für die Erkenntnis des memelländischen Volkswillens sind in der vorliegenden Arbeit von Horn im Ueberblick dargestellt, kritisch gewürdigt und nach der Punktmethode übersichtlich gemeindeweise auf Karten des Memelgebietes eingetragen worden. Dr. K.

Kärnten, deutscher Süden. Von Josef Friedrich Perkonig. Leykam-Verlag, Graz 1935. 180 Seiten Text. 150 ganzseitige Kupfertiefdrucke. Preis Ganzleinen 7.— RM. — Es gibt wenig grenzdeutsche Bücher, in denen sich die hohe Darstellungskunst des Erzählers in so glücklicher Weise mit dem Können des Lichtbildners verbindet wie hier. Perkonig ist einer der begnadeten Heimatschriftsteller, die die Seele einer Landschaft zu beleben und aus der Tiefe eines Volkstums zu schöpfen verstehen. Ob er die Drau auf ihrem Laufe verfolgt, die stille Schönheit des Gailtales malt oder die wuchernde Farbigkeit des Lavanttals schildert, ob er von den Ferlacher Büchsenmachern, von den Arbeitern von Viktring, von den schweigenden Bergbauern, von den liedfrohen Bewohnern der Landmitte oder den Kalkbrennern der Karawanken erzählt, immer weiß er Landschaft und Menschen in einer Sprache zu schildern, die von dem Reichtum des Wissens um die Dinge seiner kärntnischen Heimat erfüllt ist. Wenn man beim Lesen dieses Buches eines bedauert, dann das, daß es im preußischen Osten noch manche Landschaft gibt, der eine gleich beglückende Gabe eines berufenen Heimatschriftstellers fehlt. Dr. K.